

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 27 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB bekräftigt das Festhalten der SPD am Konzept der Sicherheitspartnerschaft.  
Seite 1

Peter Klein, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundes-SGK, analysiert die Chancen der Sozialdemokraten, bundesweit Kommunalwahlen wieder zu gewinnen.  
Seite 3

Helga Schmedt MdB plädiert für ein Überdenken der Förderung von Studenten aus Entwicklungsländern.  
Seite 6

Sepp Klasen MdL: Auch in Bayern häufen sich die "Pseudo-Krupp"-Fälle.  
Seite 7

39. Jahrgang / 67

4. April 1984

### 35 Jahre NATO

Ihre friedensstiftende Kraft muß noch gestärkt werden

Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die NATO besteht seit 35 Jahren. Sie hat dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu erhalten. Wir Sozialdemokraten halten an der Mitgliedschaft im westlichen Bündnis fest und tragen zu seiner Verteidigungsfähigkeit bei. Wir drängen die Mitgliedstaaten der NATO aber gleichzeitig, sich um einen umfassenden politischen und militärischen Interessenausgleich mit den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu bemühen, damit der Ost-West-Gegensatz schrittweise entmilitarisiert, Abrüstung ermöglicht und eine friedliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West gefördert wird.

Wir halten am Konzept der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West fest. Unsere Perspektiven für das Jahr 2000 sind nicht das "airland battle 2000", sondern konkrete Schritte hin auf eine europäische Friedensordnung. Unsere Hoffnung bleibt, daß der Zweck unserer Mitgliedschaft in der NATO - die Erhaltung des Friedens - in einer europäischen Friedensordnung schließlich auch durch mehr Verzicht auf die einander bedrohenden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt erfüllt werden kann. Unsere Mit-

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

www.kyber.com  
mit erweiterter Ausstattung  
Rayline-Tablet



gliedschaft in der NATO ist auf noch unabsehbare Zeit geboten. Sie ist ein wichtiges Mittel unserer Friedenspolitik. Aber sie hat keinen Ewigkeitswert.

Die NATO muß ein Instrument der Friedenssicherung bleiben. Ihr Gültigkeitsbereich darf nicht ausgedehnt, sie sollte nicht als Instrument der militärischen Intervention in Ländern der Dritten Welt mißbraucht werden. Der defensive verteidigungspolitische Auftrag der NATO muß in ihrer Politik, ihrer militärischen Ausrüstung, Beschlüssen und Strategie sichtbar sein. Neue waffentechnologische Entwicklungen könnten es ermöglichen, den defensiven verteidigungspolitischen Auftrag der NATO noch mehr als bisher zu verdeutlichen, ohne die Verteidigungsfähigkeit selber zu gefährden. Insoweit dieses Ziel durch Umrüstung und unter Verzicht auf Aufrüstung erreicht werden kann, unterstützt die SPD die Einführung neuer konventioneller Waffentechnologien.

Ziel der NATO ist es, freiheitliche Demokratien zu schützen. Die NATO würde ihren eigenen Zielen widersprechen, wenn Diktaturen auf Dauer Mitglied der NATO bleiben könnten. In Griechenland und Portugal wurden Diktatoren gestürzt. Erst das demokratische Spanien konnte Mitglied der NATO werden. Schon um der demokratischen Glaubwürdigkeit der NATO willen müssen wir die Türkei mahnen und drängen bis dort Demokratie und Menschenrechte sich wieder ungehindert entfalten können.

(-/4.4.1984/ks/va)

+ + +



München stellt auch Fragen an uns

---

Wie wir Kommunalwahlen bundesweit wieder gewinnen können

Von Peter Klein

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für  
Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)

Noch nie hat eine Kommunalwahl so große signalhafte Bedeutung für die SPD gehabt wie der fulminante Sieg Georg Kronawitters, der mit Unterstützung der gesamten Partei von Bonn bis München möglich wurde. Dies wird viele Genossinnen und Genossen, aber auch Wähler in den nächsten Monaten beflügeln. Es stehen in diesem Jahr noch vier Kommunalwahlen an, nämlich in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg.

Darf man bei dieser Bewertung stehenbleiben, oder macht es Sinn, ein bißchen tiefer in die städtischen und ländlichen Szenen hineinzublenden? Besteht nicht die Gefahr, wenn man unterhalb der Schwelle des Hochgefühls auf die realen Hintergründe hinweist, daß man gleich zum Miesmacher werden könnte? Unsere Partei hat sich bei aller Begeisterungsfähigkeit immer wieder als sehr nüchterne politische Zweckorganisation bewährt. Deswegen ist es vielleicht eher hilfreich, auch auf Tatsachen hinzuweisen, die nicht so optimistisch stimmen können wie das Münchener Wahlergebnis.

In großer Klarheit hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, nach dem 6. März 1983 deutlich gemacht, daß die Situation der SPD damals - und eigentlich auch heute noch - so schlimm wie lange nicht war beziehungsweise ist. Verlust der ersten Verantwortung in Bonn, die Mehrzahl der Länder wird schwarz regiert, und in vielen Städten haben wir Mehrheiten verloren und die erste Verantwortung an CDU beziehungsweise CSU abgeben müssen. Dies ist auch noch so nach den Hoffnung machenden Siegen bei den bayerischen Kommunalwahlen. Wir haben in manchen Städten in Bayern, so zum Beispiel in Fürth, in Augsburg und natürlich in München zulegen können; wir stagnieren allerdings auch andererseits in anderen Städten wie zum Beispiel in Nürnberg oder Hof beziehungsweise haben verloren wie in Regensburg und Bayreuth.

Auch die Wahlerfolge bei den persönlichkeitsbezogenen Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren sind großartig. Fast 20 Genossen haben sich durchsetzen können, obwohl traditionell CDU-Mehrheiten im Ort vorhanden sind.

Eine politische Partei spricht natürlich lieber und leichter von ihren Erfolgen als von ihren Mißerfolgen oder sogar Rückschlägen. Auch in Baden-Württemberg haben wir Bürgermeisterwahlen verloren, wovon wir naturgemäß wenig Aufhebens gemacht haben. Das baden-württembergische Landtagswahlergebnis zeigt zudem eindringlich, daß wir in diesem Land - und nicht nur dort - im Augenblick noch auf der Stelle treten.

Auf diesem gemischtem Hintergrund muß wohl auf fünf Punkte aufmerksam gemacht werden:

1. Auch wenn es gut ist, daß so positive Signale von den Kommunalwahlen in Bayern und Baden-Württemberg ausgegangen sind, ist tatsächlich die Situation immer noch außerordentlich gemischt. Dies verwundert bei der spezifischen Wahlkonstellation in



diesen beiden süddeutschen Ländern eigentlich niemanden. Vielmehr muß es anspornen, in den anderen Bundesländern noch entschlossener als bisher die Wahlkämpfe zu führen. Das Münchener Beispiel zeigt eindeutig, daß die SPD dann Chancen hat, wenn eine Kommunalwahlauseinandersetzung von ihr spannend gemacht werden kann, was nicht immer ganz leicht ist. Spannend heißt, daß der Wähler über Themen wie Personen sozusagen wachgerüttelt werden kann.

2. Noch ist die These nicht bewiesen, daß die Bonner Oppositionspartei sozusagen automatisch aus "Gerechtigkeitsgefühl" des Bürgers heraus bei Kommunalwahlen erfolgreicher sein wird als die Regierungspartei. Auch wenn sicherlich etwas daran ist, daß der aufgeklärte Bürger heute ein größeres Gefühl als noch in der Vergangenheit für das hat, was man Machtbalance zwischen den Ebenen Bund, Länder und Kommunen nennen könnte. Abgesehen davon gibt es ein außerordentlich gewichtiges Instrument, dem Wähler klar zu machen, in Städten und Gemeinden SPD zu wählen: Es ist nämlich für das konkrete Leben in der Stadt und im Dorf schon von erheblicher Bedeutung, wer die kommunale Verwaltung politisch führt, da die Umsetzung und Durchsetzung von Bundes- und Landesgesetzen im Rahmen gewisser Spielräume scharfer oder weniger scharf erfolgen kann.
3. Die SPD als Ganzes sollte sich davor hüten, die Kommunalwahlen als Bewährungsfeld zum Aufstieg nach Bonn zu verstehen. Die Kommunalpolitik ist nicht die Schule der Nation. Sie ist eine von drei gleichberechtigten Staatssäulen in unserer Verfassungskonstruktion, wie erst vor kurzem noch einmal Hans Koschnick vor den Genossinnen und Genossen in Rheinland-Pfalz deutlich gemacht hat, die ihren Kommunalwahlkampf eröffneten. Gerade weil verständlicherweise der eine oder andere Bundespolitiker die kommunalpolitischen Erfolge sozusagen instrumentalisieren will, damit der Wiederaufstieg zur Macht in Bonn möglich wird, muß auf die eigene Bedeutung der kommunalen Machtausübung hingewiesen werden.

Natürlich bleibt unbestreitbar, daß eine Partei, die langfristig in Städten, Gemeinden und in den Ländern zeigen kann, wie sozial gerecht und verantwortungsbewußt sie mit Macht umzugehen weiß, dadurch weitertragende Motivationen beim Wähler erzeugen kann. Die Bürger bewegende Themen gibt es heute ganz besonders: Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Finanzen und Investitionen der Städte.

4. Schaut man sich einmal die Ergebnisse der SPD in den letzten Jahren auch auf kommunaler Ebene im einzelnen an - und das sollte jeder tun -, so wird man schnell feststellen, daß sich nicht unbeachtliche Wählerverschiebungen abgespielt haben. Die GRÜNEN sind heute in den Kommunalparlamenten. Die SPD wird deswegen nur selten noch die Gelegenheit haben, absolute Mehrheiten ohne weiteres zu gewinnen. Es besteht sogar die betrübliche Aussicht, daß nicht unbedingt zu vermeiden sein wird, daß in manchen sozialdemokratischen Hochburgen für die SPD Stimmenverluste eintreten werden und die GRÜNEN in die Kommunalparlamente einziehen. Damit keine Mißverständnisse entstehen, muß darauf hingewiesen werden, daß sich die "grüne" Wählerschaft nicht etwa allein aus dem Reservoir der SPD-Stammwählerschaft rekrutiert, sondern auch große Teile liberal-bürgerlicher Kreise dieser politischen Protestbewegung zuneigen, und vor allem natürlich die Jungwähler und dabei besonders die Zweitwähler, wie neuere Untersuchungen ergeben haben.

Das läßt sich an den faszinierenden Ergebnisverteilungen für die GRÜNEN in einer Stadt beweisen. Sehr häufig, wenn nicht sogar fast immer, sind die Anteile der GRÜNEN in den Stadtvierteln am größten, die man früher als bürgerlich bezeichnet hat oder die stadtökologisch als gut ausgestattet gelten müssen, wie man vielleicht heute eher sagen würde.



5. Kommunalwahlen werden dann für die SPD erfolgreich sein, wenn unsere Wählerschaft - wie immer sie zu beschreiben ist - durch Wahlkampfeinsatz dazu motiviert wird, auch zur Wahl zu gehen. Das Münchener Ergebnis hat dies überdeutlich gemacht. Deswegen ist meine Konsequenz daraus, daß die SPD als Ganzes die Kommunalwahlauseinandersetzungen nicht ernst genug nehmen kann. Der Tradition in der SPD, Kommunalwahlen fast ausschließlich den örtlich Verantwortlichen zu überlassen, muß insofern entgegengetreten werden, als alles daran gesetzt werden muß, eine Kommunalwahlauseinandersetzung in einem Bundesland auf dieser Ebene, nämlich dem Bundesland durch wichtige politische Ereignisse und durch den Einsatz herausragender Persönlichkeiten spannend zu machen. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß die großen Kommunalwählerfolge der CDU in den zurückliegenden zehn Jahren in Hessen und in Niedersachsen nicht deswegen zustande gekommen sind, weil die SPD eine schlechte Kommunalpolitik gemacht hätte, sondern allein dem Umstand zu "verdanken" sind, daß die CDU einige wenige Themen mit demagogischem Charakter, gegen die SPD gerichtet, landesweit gefahren hat. Ohne weiteres muß man natürlich auch zugeben, daß diesem Mobilisierungseffekt der Wähler der CDU eine breite Resignation in großen Teilen der Wählerschaft der SPD damals gegenüberstand, was automatisch zum schlechten Abschneiden in Städten, Gemeinden und Kreisen beitragen mußte.

In diesem Zusammenhang darf nicht die erfreuliche Tatsache verschwiegen werden, daß alle anstehenden Kommunalwahlen von Seiten der Partei heute auf Landesebene in enger Zusammenarbeit mit den in der SGK organisierten Kommunalpolitikern vorbereitet werden und somit zusätzlich zur örtlichen Verantwortung der jeweiligen Kommunalpolitiker programmatische Aussagen und öffentlichkeitsrelevante Einzelthemen konzentriert vorbereitet werden. Manchmal möchte man sich allerdings wünschen, daß noch ein bißchen mehr Pfeffer in diese Auseinandersetzungen hineinkäme, der vor allen Dingen den Effekt haben sollte, den politischen Gegnern, seien es Konservative oder GRÜNE, Tränen in die Augen zu treiben. Man soll ja nicht alles von den Schwarzen oder GRÜNEN übernehmen, aber eins kann die SPD insbesondere bei Kommunalwahlen von diesen beiden Gruppierungen lernen: über die Laternen- und Kanaldeckeldiskussion hinaus spannende Atmosphären in die Kommunalwahlkämpfe hineinzutragen. Die SPD ist honorabel, hoffentlich nicht zu honorabel.

Günter Samtlebe, Präsident des Deutschen Städtetages, Wahlkampfprober Oberbürgermeister aus Dortmund und Vorsitzender der Bundes-SGK, hat wohl zu Recht auf dem Hintergrund der letzten Wahlen und insbesondere des Ergebnisses von München das Rezept für die örtlichen Parteien formuliert:

- eine einige, sich in der Öffentlichkeit nicht zerstreitende Partei,
- eine klare Wahlkampfaussage, die sich auf die wichtigsten stadtpolitischen Fragen konzentriert
- und das Herausstellen einer integrationsfähigen, vom Bürger positiv anzunehmenden Persönlichkeit der SPD

sind die örtlichen Voraussetzungen für Mehrheiten der SPD.

Ich füge hinzu; Dieses hervorragende Rezept wird für die ganz großen Städte richtig sein, für die vielen anderen Städte, Gemeinden und Kreise muß in der Wahlkampfauseinandersetzung ein das jeweilige ganze Bundesland betreffendes öffentliches Klima zugunsten der SPD und zu Lasten der politischen Gegner hergestellt werden. Die jetzige Bundesregierung gibt genügend Anlaß, den Bürgern in Städten und Dörfern klar zu machen, zu wessen Lasten Politik gemacht wird, und wie die schwarzen Landesregierungen diesen Umverteilungsprozeß von unten nach oben schlitzohrig unterstützen.

(-/4.4.1984/ks/va)

+ + +



Die Förderung muß neu überdacht werden

Alarmierende Situation von Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik

Von Helga Schmedt MdB

Rund 1,8 Prozent aller Studenten in der Bundesrepublik Deutschland kommen aus Entwicklungsländern. Ihr Anteil sinkt, zumindest, was die Studienanfänger angeht: Im Jahre 1981 wurden aus Bundesmitteln etwa 2.100 Studenten, im Jahre 1982 etwa 2.200 und seitdem nur noch 223 Studienanfänger aus Ländern der Dritten Welt durch Stipendien unterstützt.

Über die Lage derjenigen Entwicklungsländerstudenten, die zur Zeit in der Bundesrepublik studieren, zeigt sich die Bundesregierung wenig informiert. Sie wartet auf das Ergebnis einer Untersuchung, die sie Anfang 1983 in Auftrag gegeben hat. Lediglich für die Lage iranischer Studenten hat sie bereits Interesse gezeigt: Weil das Khomeini-Regime einem Teil der Studenten die Devisen sperrt, sind diese Studenten auf private Hilfe angewiesen. Immerhin hat die Bundesregierung auch die Arbeitsämter angewiesen, bei iranischen Studenten die Härteregelung der Arbeitserlaubnisverordnung in Erwägung zu ziehen. Für iranische Studenten hat die Bundesregierung auch die Länder gebeten, von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen, falls im Einzelfall Sozialhilfe bezogen werden sollte. Diese Sonderregelungen gelten ausschließlich für Studenten aus dem Iran.

Sollte der Alarmruf des Leiters des Ausländersekretariats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften nur der Notlage iranischer Studenten gelten? Dies ist wenig wahrscheinlich. Nach Auskunft des VDS spielt sich unter den Studenten aus der Dritten Welt derzeit eine Tragödie ab, mehr als die Hälfte von ihnen muß zeitweise hungern. Wen wundert es da noch, wenn allein 37 Prozent im vergangenen Jahr ihr Studium abbrachen?

Auf meine Fragen nach der Lage der Studenten aus Entwicklungsländern hat der Bundesbildungsminister wenig konkrete Antworten gewußt. Die Situation der Studenten aus den Entwicklungsländern sollte aber nicht zu einem Ressortfall zwischen Bildungs- und Innenminister werden; noch viel weniger zu einem Kompetenzstreit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen nach dem Motto: Die Schuld trägt der andere.

Wenn wir es ernst meinen mit dem Wunsch, langfristig partnerschaftlich mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten, muß uns dann nicht alles daran gelegen sein, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wenigstens diejenigen, die derzeit bei uns studieren, ihr Studienziel erreichen können?

Wie glaubwürdig ist unsere finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, wenn die bei uns studierenden Angehörigen der Entwicklungsländer zwischen der Skylla unseres restriktiven Ausländerrechts und der Charybdis unserer Sozialgesetzgebung mühselig um ihren Unterhalt kämpfen müssen?

Die Bundesregierung will der Förderung von Postgraduierten- beziehungsweise Teilstudien den Vorrang geben. Sie hat außerdem Sur Place-Programme entwickelt, um Studieninteressenten aus Entwicklungsländern ein Studium in Drittländern finanziell zu ermöglichen. Dies mag für die Zukunft sinnvoll sein.

Für die zur Zeit bei uns lebenden Studenten aus Entwicklungsländern sollte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit jedoch heute auf Förderungsmöglichkeit sinnen. Auch für sie gilt, was die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der SPD am 18. Oktober 1983 als richtig anerkannt hat: Die in der Bundesrepublik Deutschland heute ausgebildeten ausländischen Fachkräfte sind unsere Partner in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur von morgen.

(-/4.4.1984/ks/el)

+ + +



Luftverschmutzung - Ursache für Kindstod

Auch in Bayern häufen sich die "Pseudo-Krupp"-Fälle

Von Sepp Klasen MdL

Veröffentlichungen in Presse und Rundfunk haben in letzter Zeit auf die zunehmende Erkrankung von Kleinkindern an "Pseudo-Krupp" hingewiesen, deren Ursache auf Verunreinigung der Atemluft zurückgeführt wird. "Pseudo-Krupp" ist eine schlimme Erkrankung, eine Diphtherie des Kehlkopfs, die zu extremen Atembeschwerden und, wenn nicht sofort medizinisch eingegriffen wird, zum Erstickenstod führt. Nur mit entsprechender Cortison-Dosierung, deren Gefährlichkeit ebenfalls bekannt ist, kann diese Krankheit halbwegs kontrolliert werden. Inzwischen häufen sich auch in Bayern die Erkrankungen an "Pseudo-Krupp".

Vor rund vier Wochen erfuhr ich von zwei Sachverhalten, deren Zusammenhang nicht ohne weiteres feststeht, die aber zu größter Besorgnis Anlaß geben.

In den Jahren 1980 bis 1982 wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes durch die Universität Frankfurt neben elf anderen Standorten auf dem Hohen Peißenberg ein Forschungsprojekt die Luftreinhaltung betreffend durchgeführt. In dem im März 1982 hierzu erstellten Gutachten wurden auf dem Hohen Peißenberg neben erhöhten Chlorid-Meßwerten für das hochgiftige Schwermetall Cadmium Werte von einer Höhe gemessen, wie sie an keinem anderen der elf übrigen Standorte zu verzeichnen waren. Dabei wurde festgestellt, daß diese Werte auf einen in der Nähe liegenden Verursacher zurückzuführen sein müssen. Dieses Gutachten wurde deshalb auch sofort dem Landratsamt Weilheim-Schongau zur weiteren Veranlassung zugestellt.

Rückfragen bei Eltern und Kinderärzten ergaben, daß im Raum Schongau/Peiting die Zahl der Pseudo-Krupp-Erkrankungen erschreckend hoch ist und nach den bisherigen Erkenntnissen um ein Mehrfaches über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Nach einem sofortigen Gespräch mit dem bayerischen Umweltminister Alfred Dick fand vor zwei Wochen im Umweltministerium mit dem Ministerialdirigenten Dr. Vogl und leitenden Mitarbeitern des Landesamtes für Umweltschutz eine Aussprache zu diesen Beobachtungen statt, wobei auch von den Fachleuten der Ernst dieser Angelegenheit in vollem Umfang bestätigt wurde. Das bayerische Umweltministerium sicherte zu, daß es in den nächsten Wochen und Monaten alle Maßnahmen treffen werde, um den Sachverhalt abzuklären, damit die gefährlichen Emissionsquellen beseitigt werden.

Das Schwermetall Cadmium ist ein besonders schädliches Umweltgift, weil es sich sehr leicht in Pflanzen und im menschlichen Körper anreichert. Es gilt als Verursacher von "Pseudo-Krupp", verschiedener Allergien, Entzündungen und Bronchialerkrankungen. Von den steigenden Zahlen an "Pseudo-Krupp"-Erkrankungen alarmiert, hat sich inzwischen der SPD-Arbeitskreis für Sozial, Gesundheits- und Familienpolitik mit dieser Problematik beschäftigt. In einem Antrag fordern die SPD-Gesundheitspolitiker die Staatsregierung auf, umgehend vor dem zuständigen Ausschuß über Erkenntnisse des Auftretens von "Pseudo-Krupp" zu berichten. Die Parlamentarier möchten auch Auskunft über die Häufigkeit des Auftretens dieser Krankheit, gegliedert nach Regionen sowie die vermuteten Ursachen und die Behandlungsmöglichkeiten. (-/4.4.1984/ks/el)

+ + +

